

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Mittwoch, 5. August 2026 · Nr. 178 · 247. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.90

Amerikaner sehen Leihmütter als ihr gutes Recht

Die Debatte um Jens Spahn wäre in den USA undenkbar

sca. · Der ehemalige CDU/CSU-Fraktionschef Jens Spahn sah sich zum Rücktritt gezwungen, nachdem er die Dienste einer Leihmutter in den USA in Anspruch genommen hatte. Denn in Deutschland ist es verboten, sich ein Kind austragen zu lassen. In den Vereinigten Staaten stören sich dagegen die wenigsten an der Praxis.

In Europa dominiere eine politische Kultur, in der der Staat entscheiden dürfe, was richtig und was falsch sei, sagt Ron Poole-Dayan, Leiter der Organisation Men Having Babies. «Aus amerikanischer Sicht ist das verrückt.» Während über 70 Prozent der Amerikaner die Leihmutterschaft positiv sehen, erzählt eine ehemalige Ersatzmutter allerdings auch, wie das von ihr ausgetragene Kind Opfer von Menschenhandel geworden sei.

International, Seite 4, 5

Mehr Raketen, weniger Drohnen

Russlands Luftkrieg verändert sich

A. R. · Ein Blick auf die russischen Luftangriffe der vergangenen Wochen zeigt ein Paradox: Einerseits haben die Angriffe mit den berüchtigten Geran-Kamikazedrohnen markant abgenommen, um rund 40 Prozent. Das ist für die Ukrainer ein Erfolg und spiegelt die Tatsache, dass es gegen diese Drohnen immer bessere Gegenmittel gibt. Dazu zählen neu entwickelte, relativ preisgünstige Abfangdrohnen.

Andererseits hat Russland im Juli eine Rekordzahl von ballistischen Raketen eingesetzt. Mit gut 120 registrierten Angriffen handelt es sich zwar weiterhin um eine relativ seltene Waffe, aber wegen ihrer hohen Sprengkraft um eine viel gefährlichere. Das zeigt sich in einer weiteren, für die Ukraine niederschmetternden Zahl: Im Juli kamen 411 ukrainische Zivilisten ums Leben, so viele wie seit 2022 nicht mehr.

International, Seite 7



Der SVP-Doyen Christoph Blocher spricht sich für eine «dauernde, bewaffnete, integrale Neutralität» aus.

ANNICK RAMP / NZZ

«Soll der Bundesrat über Krieg entscheiden?»

Christoph Blocher lanciert seine neuste Initiative

cn./etz. · Am 27. September stimmt die Schweiz über die Neutralitätsinitiative ab, hinter welcher der SVP-Doyen Christoph Blocher steht. Er will die Neutralität erstmals explizit in der Bundesverfassung verankern. Sanktionen – zum Beispiel gegen Russland – könnte die Schweiz bei einem Ja zum Volksbegehren nur noch dann verhängen, wenn sie von den Vereinten Nationen beschlossen wurden.

Für fixe Leitplanken

Der Bundesrat und das Parlament lehnen die Initiative ab, ein Gegenvorschlag kam nicht zustande. Am Dienstag hat Blochers Komitee mit dem Slogan «Kein Krieg – Ja zur Schweizer Neutralität» den Abstimmungskampf eröffnet. Ihm gehören neben natürlichen Verbündeten wie Walter Wobmann vom Egerkinger Komitee oder Stephan Rietiker von Pro Schweiz etwa auch Samuel Sommaruga an, der Sohn des SP-Ständerats Carlo Sommaruga aus Genf. Auch Vertreter der Kommunisten und der Partei der Arbeit haben sich, aus anderen Gründen als Blocher, bereits zur Initiative bekannt.

Im Interview mit der NZZ erklärt Christoph Blocher die Beweggründe. Vor vier Jahren habe die Schweiz erstmals in der Geschichte ihre schweizerische Neutralität gegenüber einer Atommacht – Russland – verletzt: «Das ist sehr gefährlich.» Von einer flexiblen Auslegung der Neutralität hält er nichts, weil damit die Macht bei der Regierung liege: «Soll der Bundesrat beliebig über Krieg oder Frieden entscheiden können? Politiker ziehen Länder in Kriege hinein – nicht die Bevölkerung.» Stattdessen brauche es fixe Leitplanken: eine «dauernde, bewaffnete, integrale Neutralität».

Russland schaltet sich ein

In die Debatte über die Art der schweizerischen Neutralität mischt sich mittlerweile auch Russland ein. Die russische Botschaft in Bern und die Sprecherin des Ausenministeriums sagen klar, dass die Schweiz nicht mehr neutral sei, und sprechen sich für die Neutralitätsinitiative aus. Davon will Christoph Blocher allerdings nichts hören.

Schweiz, Seiten 8, 9
Meinung & Debatte, Seite 20

Die EU will die sozialen Netzwerke besser überwachen

An einem Treffen der Schengenstaaten zur Krise in Ceuta kritisiert die Brüsseler Kommission Spanien

DANIEL IMWINKELRIED, BRÜSSEL

Als Ende vergangener Woche über 70 000 Migranten schwimmend in die spanische Exklave Ceuta gelangt sind, hat die EU kein gutes Bild abgegeben. Anstatt die Krise, die immerhin Dutzenden von Menschen das Leben gekostet hat, mit kühlem Kopf zu lösen, sind die Regierungschefs von 22 EU-Ländern auf Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez losgegangen. Er sei am Ereignis mitschuldig, hiess es in einem Brief, den die Politiker verfassten.

Denn Spanien habe mit einem im Frühsommer gestarteten Programm, das irregulären Migranten einen gesicherten Aufenthaltsstatus gewähren soll, Erwartungen geweckt: Die Aktion vermittelt laut dieser Lesart den Eindruck, dass Migranten im südeuropäischen Land bleiben und arbeiten können, wenn sie es über die Grenze geschafft haben.

Wende zu Solidarität

In der neuen Woche haben sich die EU-Staaten allerdings darum bemüht, die gereizte Stimmung zu entschärfen. Bereits am Montag sind die EU-Botschafter der Mitgliedsländer zusammengekommen, um ein Treffen der Innenminister vorzubereiten. Angeblich haben die Teilnehmer dabei ihre Solidarität gegenüber Spanien betont und ihre Wertschätzung dafür, wie rasch und effektiv das Land die Krise gemeistert hat. Damit kam ein neuer Ton in die Diskussion.

Am Dienstag fand dann eine Videokonferenz der 27 EU-Innenminister statt. Eingeladen waren auch die assoziierten Schengenmitglieder, unter ihnen die Schweiz, die Bundesrat Beat Jans vertrat. Unmittelbar vor der Sitzung haben sich Italien und Griechenland noch mit Vorschlägen positioniert, wie die EU auf die Ereignisse von Ceuta reagieren solle. Als Mittelmeerländer müssen auch sie im Fall einer Krise damit rechnen, sehr viele Flüchtlinge in kurzer Zeit aufnehmen zu müssen. Griechenlands Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis schlug vor, im Krisenfall die Asylverfahren für Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern auszusetzen und diese möglichst rasch in ihre Heimat zurückzuführen. Marokko zählt zu dieser Staatengruppe.

Italien wartete derweil mit einem alten Lieblingsvorhaben auf: Asylverfahrenszentren und «Return-Hubs» in Drittländern. «Wir Europäer können nicht immer nur reagieren, wenn sich innerhalb unserer Grenzen ein Notfall ereignet», sagte der Innenminister Matteo Piantadosi. Beide Vorschläge, Asylzentren und «Return-Hubs», sind rechtlich in der EU seit neuestem möglich, es gelten aber strenge Regeln. So dürfen Drittstaaten Asylverfahren im Auftrag von EU-Ländern nur durchführen, wenn sie selbst ein funktionierendes Asylwesen haben.

Auf «Return-Hubs» in Drittstaaten, in die Asylbewerber mit einem negati-

ven Bescheid gebracht werden können, haben sich die EU-Länder im Frühjahr im Rahmen der Rückführungsverordnung verständigt. Aber solche Hubs einzurichten, ist anspruchsvoll. Die EU muss Länder finden, die sich auf eine Kooperation einlassen und eine Garantie bieten, dass sie die Menschenrechte einhalten.

Angesichts dieser Vielzahl von praktischen Problemen und juristischen Hürden ist es wenig erstaunlich, dass die Zusammenkunft der Innenminister am Dienstag keine revolutionären Lösungen gebracht hat – solche gibt es auch

Ansturm auf Ceuta

Migration: Spanien ist nicht das grösste Schlupfloch Seite 3

Kommentar: Europas verirrte Menschlichkeit Seite 20

nicht. Gemäss Bundesrat Jans belegen die Ereignisse in Ceuta, dass der Migrationsdruck aus Afrika hoch bleibt.

Wie die Botschafter am Vortrag zeigten sich die Innenminister mit Spanien solidarisch. «Wir sprechen Spanien für die rasche Antwort auf die Ereignisse in Ceuta unsere Anerkennung aus», sagte Irlands Innenminister Jim O'Callaghan. Sein Land hat in der EU derzeit den Vorsitz inne.

Als Massnahme schlugen die EU-Minister etwa vor, die Regionen an den EU-Aussengrenzen verstärkt in den Blick zu nehmen und die sozialen Netzwerke genauer zu überwachen. Was die Fluchtbewegung von vergangener Woche unmittelbar ausgelöst hat, ist derweil weiter unklar. Es dürfte sich um eine Gemengelage von Ursachen handeln. Sicher ist, dass es in den sozialen Netzwerken Nachrichten gegeben hat, wonach die Grenzen nach Ceuta offen seien.

Keine laute Kritik an Marokko

Zurückhaltend waren die Innenminister und die EU-Kommission weiterhin bei der Frage, wie Marokkos Rolle zu bewerten ist. Immerhin gibt es Mutmassungen, dass das Regime die Fluchtbewegung teilweise initiiert haben könnte, um von der EU und Spanien politische Zugeständnisse zu bekommen. Magnus Brunner, der für das Migrationsdossier zuständige EU-Kommissar, lobte Marokkos Kooperation mit Spanien und der EU, als es darum ging, die Flüchtlinge ins Land zurückzubringen.

Die EU hütet sich also davor, Marokko an den Pranger zu stellen. Dafür bekam Spanien am Dienstag am Schluss doch noch einen neuerlichen Tadel. Das Programm für irreguläre Migranten sei kein gutes Signal nach aussen, sagte Brunner. Damit übernahm er jene Kritik, die 22 EU-Länder am Samstag an Spanien gerichtet hatten.

PRAGER DREIFUSS
ATTORNEYS AT LAW

Startup Desk
www.prager-dreifuss.com

«Der dritte Weltkrieg ist näher gerückt»

Kurz nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine bezeichnete Altbundesrat Christoph Blocher die Schweiz als «Kriegspartei». Heute gibt er sich im Gespräch mit Christina Neuhaus überzeugt, dass eine dauernde, bewaffnete und integrale Neutralität, wie sie seine Initiative verlangt, das Land vor einem allfälligen russischen Angriff bewahren würde

1938 kehrte die Schweiz zur integralen und damit absoluten Neutralität zurück und vermied damit, dass sie Sanktionen gegen Italien hätte ergreifen müssen. Der Genfer Rat anerkannte diese neue Neutralität am 14. Mai. Zum Gespräch mit der NZZ nimmt alt Bundesrat Christoph Blocher eine Kopie des damaligen Bundesratsbeschlusses mit. Er ist überzeugt davon, dass eine rigide Neutralität die Schweiz im Zweiten Weltkrieg gerettet hat und dass sie das Land im Ernstfall erneut retten würde. Deshalb hat er die Neutralitätsinitiative eingereicht, über die am 27. September abgestimmt wird. In der SVP ist er mit seiner Erzählung sehr erfolgreich. Auch Bundesrat Albert Rösti bezog sich jüngst auf die Kehrtwende des Bundesrats kurz vor Kriegsausbruch. In seiner 1.-August-Rede erinnerte Rösti daran, dass die Schweiz ihre Neutralität primär für den Völkerbundsbeitritt teilweise aufgegeben habe. Er bezeichnete dies als schweren Fehler, der das Land beinahe in einen Krieg mit Italien geführt habe. In die Debatte über die Art der schweizerischen Neutralität mischt sich mittlerweile auch Russland ein. Die russische Botschaft in Bern und die Sprecherin des Ausussenministeriums sagen klar, dass die Schweiz nicht mehr neutral sei, und sie sprechen sich indirekt und direkt für die Neutralitätsinitiative aus. Davon will Christoph Blocher allerdings nichts hören.

Herr Blocher, im März 2022 sagten Sie in einem Interview mit der NZZ, die Schweiz sei nun eine Kriegspartei. Russland hatte wenige Tage zuvor die Ukraine überfallen, und der Bundesrat schloss sich den Sanktionen der EU an. Wollten Sie mit dieser harten Aussage den Markt für Ihre Neutralitätsinitiative testen?

Meine Überlegungen waren ernsthafter Natur. Vor vier Jahren hat die Schweiz erstmals in der Geschichte die schweizerische Neutralität gegenüber einer Atommacht – Russland – verletzt. Das ist sehr gefährlich. Russland zählt uns heute zu den Gegnern; die Schweiz ist nun eine Kriegspartei.

Die Schweiz hat ihre Neutralität immer wieder verletzt und Grenzen verschoben. Als kleines Land zwischen Grossmächten muss sie flexibel sein. Als Altbundesrat müssten Sie dieser Geschmeidigkeit eigentlich Verständnis entgegenbringen.

Volle Flexibilität darf es in der Kriegsführung nicht geben. Was heisst denn flexibel? Dass die Politiker sie brechen, wann sie wollen? Das ist das Gegenteil der schweizerischen Neutralität.

Auch General Guisan verletzte die Neutralität, indem er im Zweiten Weltkrieg Kontakt mit den Franzosen aufnahm. Dies in der Hoffnung, die Schweiz vor der Wehrmacht schützen zu können. General Guisan hat an zwei Stellen etwas getan, das man – oberflächlich betrachtet – als Neutralitätsverletzung bezeichnen könnte. Er sprach in einer Zeit grösster Gefahr mit den Franzosen darüber, was geschehen würde, falls Deutschland die Schweiz angreifen sollte. Genau dieser Fall ist in unserer Neutralitätsinitiative ausdrücklich geregelt. Ein Zusam-

mengehen mit dem Gegner eines Angreifers ist erlaubt, wenn die Schweiz unmittelbar bedroht ist. Dann geht man mit dem Feind des Feindes.

Indem man die Neutralität verletzt.

Natürlich wurde die Neutralität immer wieder verletzt – stillschweigend oder sogar öffentlich. Trotzdem blieb sie glaubwürdig. Entscheidend sind drei Voraussetzungen. Erstens: dauernde Neutralität. Zweitens: bewaffnete Neutralität. Und drittens: integrale Neutralität. «Integral» bedeutet, dass Neutralität nicht nur militärisch gilt, sondern auch gegenüber nichtmilitärischen Kampfmitteln – Wirtschaftssanktionen, diplomatischen Massnahmen, Reisebeschränkungen und anderem.

Die Schweiz ist heute schon neutral.

Ich spreche von der schweizerischen Neutralität. Das schränkt die Politiker ein, das wollen sie nicht, und sie ziehen die Schweiz in fremde Kriege. 1938 schrieb der Bundesrat an das Parlament, die Schweiz müsse zur traditionellen schweizerischen Neutralität zurückkehren, weil es sonst Krieg mit Italien gegeben hätte. Diese Neutralität gilt formell bis heute. Sie wird seit neuestem einfach nicht eingehalten. Deshalb stehen wir heute auf der schwarzen Liste Russlands. Und gleichzeitig auf der Liste der Guten in Amerika. Präsident Biden sagte damals vor dem Kongress sinngemäss: «Even Switzerland is now with us.» – «Sogar die Schweiz steht jetzt auf unserer Seite.» Das bedeutet eben: Die Schweiz gilt nicht mehr als neutral.

Der Bundesrat kehrte 1938 aus einer gewissen Hilflosigkeit zur traditionellen Neutralität zurück. Der Völkerbund war massiv geschwächt.

1936 besetzte Italien Abessinien. Der Völkerbund verlangte von seinen Mitgliedern einen Wirtschaftsboykott gegen Italien – also eine nichtmilitärische Kampfmassnahme. Der Bundesrat sagte: Das machen wir nicht. Sonst geraten wir in einen Krieg mit unserem Nachbarn. Der Völkerbund beharrte zunächst darauf. Schliesslich erreichte die Schweiz aber, dass sie zur traditionellen Neutralität zurückkehren konnte. Der Bericht vom 8. Juni 1938 ist ein hervorragendes Dokument. Das Parlament beschloss dies einstimmig.

Aussenminister Ignazio Cassis sagte kürzlich, die Schweiz habe sich historisch oft «durchgewurstelt». Ihre Initiative würde ein sehr starres Neutralitätsverständnis in der Verfassung festschreiben. Der Bundesrat könnte kaum mehr flexibel auf die geopolitischen Entwicklungen reagieren.

Soll der Bundesrat beliebig über Krieg oder Frieden entscheiden können? Politiker ziehen Länder in Kriege hinein – nicht die Bevölkerung. Deshalb braucht es feste Leitplanken. Denken Sie an die Schuldenbremse. Auch dort sagte man damals: «Das schränkt die Politik zu stark ein.» Natürlich schränkt sie ein. Genau das ist ihr Zweck. Mit der Neutralität ist es genauso.

Westliche Nachrichtendienste warnen schon lange davor, dass Russland ab 2028 auch westliche Länder angreifen könnte. Auch Drohnenangriffe auf kri-



«Neutralität ist schwierig – besonders gegenüber jemandem, der Unrecht begeht», sagt Christoph Blocher.

ANNICK RAMP / NZZ

tische Infrastruktur in der Schweiz schliessen sie nicht aus. Glauben Sie wirklich, Russland würde auf einen Angriff verzichten, nur weil die Schweiz neutral ist?

Davon bin ich überzeugt. Russland gehört zu den Staaten, die seit dem Wiener Kongress 1815 die schweizerische Neutralität stets hochgehalten haben. Ich bin überzeugt davon, dass Russland weder unsere Infrastruktur noch sonst etwas angriffe, wenn wir schweizerisch neutral wären. Wer die Schweiz angreift, setzt sich ins Unrecht und treibt die Schweiz gleichzeitig in die Hände seines Gegners. Gerade das will Russland vermeiden.

Einem Aggressor in die Hände zu spielen, ist doch nicht neutral.

Wir stellen uns doch nicht auf die Seite des Aggressors! Aber wir stehen eben auch nicht Seite an Seite mit den Gegnern. Genau das ist schweizerische Neutralität. Neutralität ist schwierig – besonders gegenüber jemandem, der Unrecht begeht. Aber die Doktrin lautet: Wir sind dauernd neutral. Niemand muss Angst haben, dass wir Krieg führen oder uns in einen Krieg hineinziehen lassen. Der Entscheid des Bundesrates, die Sanktionen zu übernehmen, war ein Fehler.

Russland hat mehrfach erklärt, dass es die Schweiz nicht mehr als neutral betrachtet, und die russische Botschaft greift gerade ziemlich unverhohlen in den Abstimmungskampf über die Neutralitätsinitiative ein. Was sagen Sie zu

dem Vorwurf, Sie hätten eine «Pro-Putin-Initiative» lanciert?

Wo greift die russische Botschaft in den Abstimmungskampf ein? Ich mindestens habe davon nichts verspürt. Ich glaube, dass Russland am liebsten die Ukraine ganz kontrollieren möchte. Damit sage ich nicht, dass ich das richtig finde. Aber der dritte Weltkrieg ist näher gerückt. Wenn Russland die Ukraine irgendwann tatsächlich vollständig kontrolliert, steht es vor Polen und Deutschland. Diese Länder sind heute faktisch Kriegsparteien, weil sie die Ukraine militärisch unterstützen. Dann steht Russland letztlich an der Schweizer Grenze. Und dann stellt sich für Russland die Frage: Greifen wir die Schweiz an?

Und, greift Russland an?

Meine Antwort lautet: Wenn die Schweiz absolut neutral ist, wird es das nicht tun. Gleichzeitig muss die Schweiz jedem potenziellen Angreifer natürlich klar machen, dass sie sich – neben der absoluten Neutralität – auch mit allen verfügbaren Mitteln verteidigen wird. Der Preis für einen Angriff muss hoch sein.

Der ehemalige Chef der Armee, Thomas Süssli, sagte einmal, dass die Schweiz einem bewaffneten Angriff etwa vier Wochen lang standhalten könne. Das soll Russland abschrecken?

Nicht ein möglicher Sieg der Schweizer Armee ist die Abschreckung, sondern der hohe Preis für den Angreifer – die Dissuasion der Schweizer Armee. Wir haben ja noch immer einen grossen Vor-

Blocher und die Kommunisten

Im Werben für die Neutralitätsinitiative geht ihr Erfinder unwahrscheinliche Allianzen ein

MATTHIAS VENETZ, BERN

Christoph Blocher weiss um die Kraft von grossen Erzählungen. Als Pfarrerssohn wuchs er mit Gleichnissen aus der Bibel auf. Als Politiker adaptierte er die einfache und eingängige Sprache der Evangelisten und predigte eine unabhängige und neutrale Schweiz. Während sich seine Gegner in Schachtelsätzen, Abstraktionen und Detailfragen verhaspelten, pflegte Blocher eine Syntax maximaler Einfachheit. So wurde sein Name zum Synonym für ein politisches Programm. Nun, da der Abstimmungskampf zur Neutralitätsinitiative begonnen hat, wendet Blocher dieses Drehbuch wieder an.

Die Initiative zur Wahrung der Neutralität will diese erstmals explizit in der Bundesverfassung definieren. Sanktionen – zum Beispiel gegen Russland – könnte die Schweiz dann nur noch verhängen, wenn sie von den Vereinten Nationen beschlossen wurden. Der Bundesrat und das Parlament lehnen die Initiative ab, ein Gegenvorschlag kam nicht zustande. Wenigstens für Christoph Blocher ist das eine vertraute Ausgangslage.

Sorge um internationales Genf

Als bibelfester Politiker weiss er, dass jede grosse Erzählung von einer zentralen Figur und einem alles dominierenden Gegensatz lebt. Schon vor einiger Zeit sagte Blocher, er habe die Initiative quasi im Alleingang erdacht. Nach Russlands Angriff auf die Ukraine habe sonst niemand die Kraft dazu gehabt.

In Bern hiess es zudem, in der SVP-Fraktion sei die Initiative einigen eher unangenehm. Die vergangenen Wochen und Tage haben aber gezeigt, dass Blocher im kommenden Abstimmungskampf nicht vereinsamen dürfte. Hilfe kommt von unerwarteter Seite: Jüngst lancierten Kommunisten und Vertreter der Partei der Arbeit – nicht gerade Blochers Stammpublikum – ihre eigene Kampagne. Am Dienstag folgte das nächste Komitee.

Unter dem Slogan «Kein Krieg – Ja zur Schweizer Neutralität» informierte

ein fünfköpfiges Podium über die anstehende Abstimmung. Walter Wobmann, ehemaliger SVP-Nationalrat, sagte, die Neutralität gehöre zu «den wenigen Staatsgrundsätzen» der Schweiz, deshalb gehe es nicht um Parteipolitik, sondern um das Land. Neben ihm nickte Samuel Sommaruga demonstrativ. Dieser ist laut eigenen Aussagen ein parteiloser Christlichdemokrat aus Genf, Mitglied von Pro Schweiz und Sohn des aussenpolitisch äusserst umtriebigen und wenig neutralen SP-Ständerats Carlo Sommaruga.

Während Carlo Sommaruga im Parlament immer wieder die Anerkennung Palästinas und die Verurteilung mutmasslicher israelischer Verbrechen im Gaza-Krieg forderte, lancierte sein Sohn in Genf ein eigenes Abstimmungskomitee für die Initiative.

Am Dienstag sagte Samuel Sommaruga, in der Abstimmung gehe es um die aussenpolitische Rolle der Schweiz. Ihre Stärke sei es, unabhängig zu bleiben, mit allen Konfliktparteien zu reden, Schutz anzubieten und den Dialog zu fördern. In Sommarugas Heimatstadt sorgt man sich angesichts der Aussenpolitik des Bundesrates offenbar um den Ruf des internationalen Genf. Vom Engagement aus der Westschweiz erhofft sich das Komitee mehr Rückhalt in Kreisen, die nicht zur SVP-Stammwählerschaft gehören. Überhaupt schien man bemüht, keine politischen Akteure – abgesehen vom Bundesrat und von der Verwaltung – zu attackieren.

Walter Wobmann, der für die SVP und ihre verbündeten Organisationen schon etliche hitzige Abstimmungen gewonnen hat, sagte, man habe bewusst ein schlichtes Sujet und eine einfache Parole gewählt. Dann verwies er auf die Friedens-tauben auf den Plakaten. «Unser Sujet richtet sich gegen niemanden. Es wirbt weder für noch gegen einen Staat.»

Während seine Kollegen ihre Skripte vortrugen, sass Christoph Blocher, der mit Strohhut und im Poloheemd gekommen war, ganz am Rand. Er wandte sich als Einziger dem Publikum nur halb zu. Phasenweise wirkte er wie ein Gast-

hörer. Dann kam sein Einsatz: Die Classe politique, so Blocher, sei nie an einer immerwährenden und vollständigen Neutralität interessiert gewesen. «Das ist verständlich, denn die Neutralität grenzt ihre Handlungsspielräume ein.»

Altbekanntes Vorgehen

Es ist eine Taktik, die Blocher und die SVP bereits in vielen Abstimmungskämpfen erprobt haben: auf der einen Seite die Politik, die angeblich unehrliche Interessen verfolgt. Ihr gegenüber das Volk, das eisern an angeblichen Erfolgsprinzipien der Schweiz festhält. Die Politiker fügten der Neutralität immer neue Beiwörter hinzu, um sie aufzuweichen, so Blocher. Dies war eine Anspielung auf Aussenminister Cassis, der 2017 in einem Sololauf eine «kooperative Neutralität» ausgerufen hatte und wenig später von seinen Bundesratskollegen zurückgepfiffen wurde. Für Blocher ist allerdings ohnehin klar: «Der Bundesrat, die Verwaltung und das Parlament sind nicht für die Neutralität, aber sie vertrauen sich nicht, das zu sagen.» Aber das Volk merke, dass eine strikte Auslegung es vor den Politikern schütze.

Flexibel ist aber auch Blocher selbst. Angesprochen auf die Unterstützung der Kommunisten sagte Blocher, auch sie würden die Bedeutung der Neutralität sehen und erkennen, dass es um die Schweiz gehe. Tatsächlich dürften Blochers neue Alliierte der Vorlage eher aus einer Mischung aus Antiamerikanismus und Russland-Sympathien zustimmen.

Erste Umfragen, die Debatten im Parlament und die jüngsten 1.-August-Reden haben gezeigt, dass die Neutralität in der Schweiz nach wie vor ein wichtiges Prinzip ist. Komplizierter wird es bei ihrer Auslegung: Viele Schweizer lehnen nämlich nicht bloss die Beteiligung an Kriegen ab, sondern hegen auch eine lange eingestudierte Abneigung gegen jene Kräfte, die sie anzetteln. Das wissen auch die Gegner der Initiative. Sowohl die SP als auch die FDP sprechen konsequent von einer «Pro-Putin-Initiative».

Das auswärtige Amt Moskaus mischt sich in den Abstimmungskampf ein

Russland empfiehlt ein Ja zum Volksbegehren

CHRISTINA NEUHAUS

Russland hält die Schweiz nicht mehr für neutral. 2022, kurz nach Ausbruch des Kriegs in der Ukraine, beschloss der Bundesrat, die EU-Sanktionen gegen Russland zu übernehmen. Seither zählt Moskau die Schweiz zu den Feindesländern. Christoph Blochers Neutralitätsinitiative bietet Russland deshalb eine willkommene Gelegenheit zur Einmischung. Das Volksbegehren, über das am 27. September abgestimmt wird, fordert eine strikte, immerwährende und bewaffnete Neutralität, ein Verbot von Wirtschaftssanktionen sowie das Verbot des Beitritts zu Militärbündnissen. Zudem dürfte die Schweiz keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen (Sanktionen) gegen kriegführende Staaten ergreifen. Ausnahmen gelten für Beschlüsse des Uno-Sicherheitsrates oder Massnahmen zum Verhindern von Sanktionsumgehung.

Nachdem bereits die russische Botschaft mit dem Hinweis auf zwei russische und weissrussische Berichte zur Schweizer Neutralität eine zumindest indirekte Abstimmungsempfehlung abgegeben hatte, doppelte am Montag Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Aussenministeriums, auf dem Kurznachrichtendienst Telegram nach. Sie wirbt unverfroren für die Neutralitätsinitiative.

Die NZZ bringt die Propaganda fünf einmal im O-Ton: «Als ich vor anderthalb Jahren vor ausländischen Politologen und Journalisten sagte, dass die Schweiz de facto kein neutrales Land mehr sei, setzte beinahe ein Pfeifkonzert

mit Buhrufen ein – so sehr missfiel ihnen diese Aussage.

Einen Tag später beschloss die Runde der Erhabenen, bei Lawrow nachzufragen. Er antwortete dasselbe. Einen weiteren Tag später stellten dieselben Leute Putin dieselbe Frage. Auch seine Antwort gefiel ihnen zum dritten Mal nicht.

Und nun – tadaa! Die Schweizer Regierung hat sich dagegen ausgesprochen, die Neutralität im Grundgesetz des Landes zu verankern.

Anlass ist die Volksabstimmung vom 27. September über die «Neutralitätsinitiative». Diese verlangt, den Grundsatz einer «dauernden und bewaffneten Neutralität» in der Bundesverfassung festzuschreiben und die Teilnahme an Sanktionsregimen und die Teilnahme an Sanktionsregimen zu verbieten. Regierung und Parlament empfehlen ein Nein. Ihr Argument: Eine Verankerung der Neutralität in der Verfassung würde «Unbeweglichkeit» schaffen und «den aussenpolitischen Handlungsspielraum einschränken».

Die Regierung eines Landes, das vierhundert Jahre lang seine Staatlichkeit auf dem Prinzip der Neutralität aufgebaut und unter diesem Leitbild seinen Wohlstand angehäuft hat, erklärt ihren Bürgern nun, man dürfe dieses Prinzip heute nicht in die Verfassung schreiben, weil man sich dann daran halten müsste.

Doch hat die schweizerische Neutralität eine Geschichte – diese erklärt vieles.

Die Unabhängige Expertenkommission unter Leitung des Historikers Jean-François Bergier, die das Schweizer Parlament 1996 einsetzte, arbeitete neun Jahre lang an ihrem Bericht. Auf 956 Seiten wird festgestellt und belegt, dass die Schweizerische Nationalbank während

des Zweiten Weltkriegs Gold im Wert von 1,2 Milliarden Franken von der Deutschen Reichsbank erwarb. Auf 316 Millionen Dollar (zum damaligen Wechselkurs) wird das Gold geschätzt, das aus Zentralbanken besetzter Länder stammte oder eingeschmolzen worden war – darunter auch Gold von Opfern nationalsozialistischer Konzentrationslager. Die Schweizer Behörden wussten davon oder hätten nach Auffassung der Kommission um die Herkunft der Goldbarren wissen müssen. Das Finanzsystem des «neutralen Landes» war Teil des Blutkreislaufs der deutschen Kriegsmaschinerie.

Der zweite Teil des Bergier-Berichts befasst sich mit den Flüchtlingen. Bereits 1938, also noch vor Kriegsausbruch, ersuchte die Schweizer Regierung die deutschen Behörden, die Pässe deutscher Juden mit dem Buchstaben «J» zu kennzeichnen, damit Schweizer Grenzbeamte sie erkennen und zurückweisen konnten. Ab 1942 war die Grenze für jüdische Flüchtlinge faktisch geschlossen.

Das ist die «flexible Neutralität», die in Bern propagiert wird. Sie biegt sich dorthin, wo es nützt. In den 1940er Jahren bog sie sich in Richtung Berlin. Heute biegt sie sich in Richtung Kiew und Brüssel.

Genau deshalb wehrt sich der Bundesrat so hartnäckig gegen eine Verankerung der Neutralität in der Verfassung. Denn dann müsste man sie einhalten. Und genau darin besteht der Sinn der Neutralität – ein Sinn, den man in Bern offenbar vergessen hat, sobald die Waggons mit Gold der Reichsbank eintrafen.

Die Schweizerinnen und Schweizer werden darüber übrigens selbst entscheiden. Am 27. September.»

Die Schweiz kann sich allein verteidigen. Wir geben jedes Jahr Milliarden für die Armee aus. Sie bietet einen gewissen Schutz. Herrn Süssli habe ich gesagt: Statt dauernd zu erklären, wir könnten uns nur wenige Wochen verteidigen, sollte man lieber dafür sorgen, dass die heutige Armee überhaupt funktioniert.

Die Schweiz muss heute beim Kauf von Rüstungsgütern hinten anstehen. Bevorzugt werden Länder, die enger mit der Nato zusammenarbeiten.

Wenn Amerika Waffen zuerst an Bündnispartner liefert, ist das verständlich. Diese Länder sind Kriegsparteien. Man muss mit dem arbeiten, was man hat, und die eigenen Stärken nutzen.

Altbundesrat Samuel Schmid sagte kürzlich in der NZZ, die Vorstellung, Neutralität schütze vor Angriffen, sei ein «opportunistischer Mythos». Sie schütze nicht vor modernen Angriffsmitteln wie Mittelstreckenraketen.

Samuel Schmid zeigt mit solchen Aussagen, dass er nie wirklich für eine konsequente Neutralität eingestanden ist. Er gehörte zudem zu jenen, die unsere Armee massiv reduziert haben. Pragmatische Neutralität ist keine schweizerische Neutralität. Man hält am Begriff fest, weil die Bevölkerung ihn liebt, will sich aber alle Freiheiten offenhalten.

Apropos pragmatische Neutralität. Die SVP unterstützt das neue Kriegsmaterialgesetz, gemäss dem die Schweiz auch Waffen an kriegführende westliche Länder verkaufen kann – bloss an die Ukraine nicht. Was ist das denn für ein Neutralitätsverständnis?

Das ist doch überhaupt kein Widerspruch! Kriegsmaterial zu exportieren, ist völkerrechtlich nicht verboten. Allein dadurch wird man noch keine Kriegspartei. Die SVP war übrigens schon immer – zusammen mit dem Bundesrat – gegen die heutige Gesetzeslage. Wir haben damals vorausgesehen, welches Problem entsteht, wenn man einem Staat Waffen verkauft, ihm aber gleichzeitig verbietet, darüber frei zu verfügen. Die Mitteparteien – insbesondere die damalige CVP – wollten verhindern, dass Schweizer Waffen in Kriegsgebiete weitergegeben werden. Die Linke wollte Waffenexporte ohnehin möglichst ganz verhindern. Diesen Fehler versucht man jetzt zu korrigieren.

Die ehemalige SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey sagte kürzlich, ein deutliches Nein zur Neutralitätsinitiative würde jene Kräfte stärken, die eine engere Anbindung an die EU oder die Nato wollten. Haben Sie sich selbst einen Bürendienst erwiesen, indem Sie die Initiative so rigide formuliert haben? Hätten wir einfach geschrieben: «Die Schweiz ist dauernd bewaffnet neutral», hätten wir vermutlich sogar im Parlament Zustimmung erhalten. Aber das genügt nicht. Das eigentliche Problem sind die nichtmilitärischen Kampfmassnahmen.

Was meinen Sie konkret?

Schauen Sie die USA an: wirtschaftliche Kriege mit Zöllen und Sanktionen gegen China oder Russland. Dabei fällt kein einziger Schuss. Schon Zwingli sagte: «Die Brotsperre ist die schlimmste Waffe.» Denn dabei muss der Angreifer sein eigenes Leben nicht riskieren – und lässt stattdessen die Bevölkerung des Gegners verhungern. Deshalb konnten wir die Initiative nicht weich formulieren.

In Ihrer Partei, der SVP, sind nicht alle nur begeistert, dass Sie die Initiative lanciert haben. Man rechnet sich schlechte Chancen an der Urne aus. Wie oft kann eine Partei verlieren, bis es ihr schadet? Sie gehen immer davon aus, dass ich nach Mehrheiten schiele und rein taktisch vorgehe. Aber darum ging es höchstens am Anfang, als die SVP knapp zehn Prozent hatte. Es geht um die Sache! Ich höre immer wieder von Journalisten, der eine oder der andere SVP-Vertreter lehne die Neutralitätsinitiative ab. Ich kenne aber keinen, der so denkt.

Ihre Prognose für die Abstimmung?

Ich sage es Ihnen einen Tag nach der Abstimmung. Man macht Volksbegehren nicht, um auf jeden Fall zu gewinnen, sondern für die richtige Sache. Wenn es ein Nein gibt, hat man wenigstens wieder einmal ernsthaft über die Neutralität geredet und viel versprochen.

«Die Schweiz kann sich allein verteidigen. Wir geben jedes Jahr Milliarden für die Armee aus.»

teil: unser Gelände. Natürlich ist unsere Armee heute schwächer geworden. Darum müssen wir sie stärken. Aber die schweizerische Neutralität preiszugeben, wäre das Dummste, was wir tun könnten. Falls wir uns der Nato anschliessen würden – wer wäre denn heute überhaupt noch die eigentliche militärische Macht der Nato?

Die USA.

England vielleicht auch noch. Doch die meisten europäischen Armeen sind heute ungefähr dort, wo auch die Schweiz steht. Glauben Sie wirklich, Amerika käme der Schweiz im Ernstfall zu Hilfe?

Umgekehrt gefragt: Wenn die Schweiz tatsächlich angegriffen würde – wer würde sie denn verteidigen, wenn nicht die Nato? Die Nato würde uns nicht aus Liebe verteidigen. Sie hätte vielleicht ein eigenes Interesse daran, denn wenn Russland die Schweiz angriffe, wären auch Nato-Staaten unmittelbar betroffen. Deshalb würden sie eingreifen – aus Eigennutz. Zentral ist aber die Verteidigung durch die vollständige dauernde Neutralität der Schweiz: die Kriegsverhinderung.

Bleibt die Kriegsverhinderung ein Wunschtraum, kann die Schweiz kein Interesse daran haben, sich vollständig von der Nato zu lösen. Die Neutralitätsinitiative würde Kooperationen verunmöglichen. Die Schweiz muss aber mit den Nato-Staaten zusammenarbeiten können, um sich auf einen Ernstfall vorzubereiten.